

Angabe der notwendigen Daten, Einverständniserklärung und Versicherung nach § 44a DRiG

An die Stadt-/Gemeindeverwaltung

Schöffenwahl für die Amtsperiode 2019 bis 2023

Ich beantrage die Aufnahme in die Vorschlagsliste für die Wahl

einer Schöffin / eines Schöffen

Angaben zur Person *).

| | | |
|---|--------------|---------------------------------------|
| Name, ggf. Geburtsname (bei Abweichung) | | |
| Vorname/n | | |
| Geburtsort (Gemeinde/Kreis) | Geburtsdatum | Staatsangehörigkeit deutsch |
| Beruf (bei Mitarbeitern im öffentlichen Dienst auch Angabe der Tätigkeit) | | |
| Straße/Hausnummer | Postleitzahl | Ort der Hauptwohnung |
| Telefon (freiwillige Angabe) | | E-Mail (freiwillige Angabe) |

Bitte kreuzen Sie die nachfolgenden Fragen an, wenn die Aussage auf Sie zutrifft (die Beantwortung ist freiwillig; Sie ersparen aber dem Gericht nach einer evtl. Wahl die -zulässige- Anfrage bei einem Register):

- Ich bin in den letzten 10 Jahren nicht zu einer Freiheitsstrafe (auch nicht auf Bewährung) von mehr als 6 Monaten bestraft worden.
- Gegen mich läuft kein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen eines Verbrechens oder einer sonstigen Straftat, derentwegen auf den Verlust des Rechts zu der Bekleidung öffentlicher Ehrenämter erkannt werden kann.
- Ich verfüge über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache.
- Ich war nie hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes der DDR.
- Ich befinde mich nicht in der Insolvenz und habe auch keine eidesstattliche Versicherung über mein Vermögen abgegeben.
- (freiwillige Angabe): Den Anforderungen einer mehrstündigen bzw. mehrtägigen Hauptverhandlung in Strafsachen fühle ich mich gesundheitlich gewachsen.

Ich begründe die Bewerbung für das Amt wie folgt (freiwillige Angabe):

Für den Fall meiner Wahl bevorzuge ich das Amt eines Schöffen / einer Schöffin am Amtsgericht / Landgericht (kurze Begründung). Ich weiß, dass der Schöffenwahlausschuss an meinen Wunsch nicht gebunden ist:

.....
(Ort / Datum, Unterschrift)

Ich bin einverstanden, dass auch die freiwilligen Daten an die Gemeindevertretung und den Schöffenwahlausschuss weitergegeben werden. Die Übermittlung darf nur zum Zweck der Schöffenwahl erfolgen.

.....
(Ort/Datum, Unterschrift)

*) Die gesetzlich notwendigen Daten werden veröffentlicht.